



# ROTKIELLCHEN

Magazin für Politik und Hochschule

*Sach mal, wat is wenn  
einer eigentlich immer ver-  
leert, aver doch jümmers op  
sien Thron sitten bleevt?*

*Dann sünd de  
anderen ganz schön  
döösbaddelig.*

*De Konkurrenten?*

*Nee, de de em  
da sitten laten.*



*Gedanken zur SPD  
an der Waterkant*

# INHALT

Wie ein Mann zur tragischen Figur wurde... 3	3
Die Feigheit der Funktionärebene... 4/5	4/5
Interview mit Andreas Breitner.....6/7	6/7
Zum neuen politischen Stil.....8/9	8/9
Eine Frage der Ehre .....10	10
Tatort Zukunft .....10/11	10/11
Leserbriefe ..... 11	11
Wenn die Wissenschaft stiften geht... .. 12	12
Apologeten des Untergangs ..... 13	13
Der Bundesfreiwilligendienst ..... 14	14
Der neue Kreisvorstand ..... 15	15
Glasnost..... 16	16



CLUB

BLEIBT

CLUB

★N°68★

www.club68.de

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Mitglieder der schleswig-holsteinischen SPD haben mit deutlicher Mehrheit entschieden: Torsten Albig soll unser Spitzenkandidat bei der nächsten Landtagswahl sein. Der Mitgliederentscheid war ein großer Erfolg, die Vorstellungsrunden sehr gut besucht und die Wahlbeteiligung mit 70 Prozent sehr hoch. Dies zeigt den Willen der Mitglieder, sich politisch einzubringen, sich zu beteiligen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass im Zusammenhang mit dem Verfahren immer wieder auch von einem „neuen politischen Stil“ die Rede war. Doch was ist darunter zu verstehen und wie viel ist nach dem Mitgliederentscheid noch davon übrig? Eine Annäherung findet ihr in dieser Ausgabe.

Die Mitglieder der Kieler SPD haben ebenfalls mit deutlicher Mehrheit entschieden: Ralf Stegner soll nicht mehr unser Landesvorsitzender sein. Entsprechende Anträge wurden sowohl auf dem Kreisparteitag als auch auf der Jahreshauptversammlung der Jusos mit 90-Prozent-Mehrheiten beschlossen. Doch über die Frage des Landesvorsitzes entscheiden die Delegierten des Landesparteitags am 09./10. April in Husum.

Wie unser letzter Titel deutlich zum Ausdruck brachte, sind wir nicht davon ausgegangen, uns nach dem Mitgliederentscheid noch einmal mit diesem Thema beschäftigen zu müssen. Aber da haben wir die Rechnung ohne unseren designierten Spitzenkandidaten gemacht, der dem derzeitigen Landesvorsitzenden einen Vertrauensvorschuss entgegenbringt, der bei den meisten Mitgliedern aufgebraucht zu sein scheint.

Bedauerlich finden wir auch, dass die in der letzten *Rotkielchen*-Ausgabe unterbreiteten Musiktipp von Ralf Stegner nicht aufgegriffen wurden und er am Sonntag nach dem Mitgliederentscheid stattdessen „Sunshine“ von Iron Butterfly twitterte. Das muss nach dem morgendlichen Kaffee gewesen sein.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und der einen oder anderen sich vielleicht anschließenden Diskussion. Den Delegierten des Landesparteitags wünschen wir ein glückliches Händchen bei ihren Entscheidungen.

*Eure Redaktion*

### ROTKIELCHEN

Magazin für Politik und Hochschule,  
April 2011 - Jhg. 39/1

#### Herausgeber und Verleger:

Jusos im VPJ, Juso HSG der CAU, Juso HSG der FH, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

**Redaktion:** Max Dregelies (md), Charlotte Gaschke (cg), Michel Hansen (mh), Anne-Christin Heinrich (ach), Moritz Knebusch (kn) (V.i.S.d.P), Matthäus Maciolek (mm), Daniel P. Martinen (dpm), Dennis Mitterer (dm), Benjamin Raschke (br), Frederike Julie Stelz (fjs), Yves-Christian Stübe (ycst), Timm Wüstenberg (tw)

#### Außerdem in diesem Heft:

Andy Dehse, Lars Juister  
**Layout:** DIN oder SCHOEN,  
Hamburger Ch. 18b, Molfsee  
Telefon: 04347 - 7 30 40 24  
www.DINoderSCHOEN.de



### Kontakt

#### Rotkielchen:

Moritz Knebusch, Tel.: 0170-6384217  
moritzknebusch@gmx.de

#### Juso-Kreisgeschäftsführer:

Timm Wüstenberg, Tel.: 0431-66 849 704  
timm\_wuestenberg@web.de

#### Juso-Hochschulgruppe an der CAU:

Martin Schmelzer, info@jusos.uni-kiel.de

#### Juso-Hochschulgruppe an der FH:

Björn Dobbertin, Tel.: 0431-2405869  
bjoern.dobbertin@kielnet.net

#### Juso-Arbeitskreis Rechtsextremismus:

Danny Schulze, Tel.: 0176-28354955  
dannyschulze.spd@gmx.de

#### Juso-Landesverband:

Geschäftsstelle, Tel.: 0431-90 60 653  
Daniel P. Martinen, d.martinen@jusos-sh.de  
www.jusos-sh.de

**TERMINE UNTER: WWW.JUSOS-KIEL.DE**

# Wie ein Mann zur tragischen Figur wurde

*Ein System frisst sich selbst*

**Das Demonstrieren von Stärke – gegenüber sich selbst, gegenüber der Partei, gegenüber der Öffentlichkeit, den Kritikern in den eigenen Reihen und auch gegenüber dem politischen Mitbewerber – ist ein politisches Mittel, welches für den derzeitigen Schleswig-Holsteinischen Landesvorsitzenden stilprägend ist. An sich ist gegen starke Persönlichkeiten in der Politik nichts zu sagen. Ebenso ist es begrüßenswert, politische Positionen vehement zu vertreten und mit Nachdruck dafür zu kämpfen, denn die Aufgabe der SPD ist es, sich für die einzusetzen, die keine eigene Lobby haben, deren Interessen nicht durch finanzkräftige Verbände in die öffentliche und politische Debatte getragen werden.**

Doch halt: Ist die Demonstration von Stärke in jeder Situation angebracht? Ist die absolute Position, der laute Auftritt, das Herausfordern immer der richtige Weg? Schafft das wirklich Mehrheiten in der Partei, der Öffentlichkeit und vor allem: Hilft es der Sache, um die es geht? Sind es nicht gelegentlich auch die leisen Töne, das freundliche Wort, der Witz und Charme führender Persönlichkeiten, die der Sache wirklich helfen?

Man kann inzwischen feststellen, dass Dauerkonfrontation und krachendes Agieren nicht hilfreich sind. Aufgrund des Verhaltens des SPD-Landesvorsitzendem, sowohl als Minister, wie auch als Fraktionsvorsitzender, war die große Koalition öffentlichkeitswirksam oft mehr mit sich selbst beschäftigt, als mit dem, um was es eigentlich gehen soll in der Politik. Die Koalition wurde zu einer Männerfehde zwischen dem CDU-Ministerpräsidenten und dem SPD

Landesvorsitzendem, die beide massiv auch als Persönlichkeiten beschädigte, aber auch den Parteien als Institutionen nicht half. Hatte Claus Möller die CDU mit seinem freundlichen Wesen und seiner Bodenständigkeit in den Koalitionsverhandlungen noch geschickt eingeseift, war von den anfänglich guten Bedingungen in der Koalition nach kurzer Zeit nicht mehr viel übrig.

Doch anstatt über die Strategie der Konfrontation nachzudenken, jubelte die Partei – so die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit – und freute sich darüber, dass der Minister Stegner, oder auch der Fraktionsvorsitzende Stegner die CDU immer wieder reizte, durch lautes Vertreten absoluter Positionen. Denn sie waren ja richtig.

Die SPD Schleswig-Holstein hatte sich entschieden, dass es klug sei, einem einzigen Mann fast uneingeschränkt die Geschicke der Partei in die Hand zu geben. Durch Ralf Stegners fast Alleinvertretung der SPD war es auch kaum möglich, dialogisch mit der sich immer weiter zuspitzenden Situation umzugehen. Führende Politikerinnen und Politiker, wie Ute Erdsiek-Rave, die darauf aufmerksam machten, dass es bei einer solchen dauerhaften Konfrontationspolitik unweigerlich zum Koalitions-Crash kommen muss, wurden kurzerhand ins Abseits gestellt. Es kristallisierte sich schnell heraus, dass interne Kritiker nicht gehört, sondern bekämpft werden. Der SPD Landesvorsitzende teilte die SPD SH erfolgreich und schnell in Freunde und Feinde ein. Der konstruktive Diskurs ist die Sache Ralf Stegners nicht. Denn in die Eigeninszenierung des starken Mannes in der SPD SH passte es offenbar nicht, mit dem „ängstlichen“ Nachdenken, „angepassten“ Reflektieren anderer umzugehen.

Offenbar war dafür aufgrund der Dauerkonfrontation auch schlicht kaum Zeit, denn neben dem dauerhaften Kampf um das landespolitische Überleben als Persönlichkeit forderten die vielen Ämter und Funktionen viel Aufmerksamkeit. Er war Minister, Landtagsabgeordneter und dann, nach dem Rücktritt als Minister, später Fraktionsvorsitzender außerdem Landesvorsitzender, Mitglied des SPD Bundesvorstandes und des Präsidiums der SPD, sowie Mitglied des Aufsichtsrats der HSH-Nordbank. Es war klar: Ralf Stegner war die Nummer Eins der Nord-SPD. Scheinbar unangefochten. Auch die Aneinanderreihung von Niederlagen änderte vorerst nichts daran. Das Politikprinzip von Ralf Stegner funktionierte. Rauschmiss als Minister, die CDU war verantwortlich, schnell presseöffentlich verkündet, er übernehme den Fraktionsvorsitz und der Fraktionsvorsitzende werde Minister, der Landesparteierrat konnte das auf einer eilig einberufenen Sitzung nur noch nachvollziehen; Crash der Koalition, er werde als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat in den Wahlkampf gehen, erfuhren die Genossen von der Waterkant aus der Zeitung, die Gremien konnten nachvollziehen und nickten brav. Es folgte eine krachende Wahlniederlage, und die Genossinnen und Genossen konnten aus dem Fernsehen erfahren, dass Ralf Stegner noch am Wahlabend selbst verkündet hatte, er bleibe Fraktionsvorsitzender und auch Landesvorsitzender. Die Gremien nickten brav ab. Kritischen Stimmen, welche Kritik intern oder öffentlich äußerten, wurde schäbiges Verhalten vorgeworfen, ähnlich wie bei Ute Erdsiek-Rave wurde z.B. die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Anette Lagner mit einer regelrechten Kampagne ins politische Abseits gestellt. Kritiker wurden öf-

fentlich als eine unbedeutende, dauererögelnde Minderheit dargestellt. Was ist nun nach den Jahren von Ralf Stegner übrig? Ist Ralf Stegner die Nummer Eins in der Nord SPD? Ist die SPD Schleswig-Holstein eine starke politische Kraft in Schleswig-Holstein? Beides ist nach objektiver Analyse mit Nein zu beantworten. Dauerkampf gegen alles, was sich nicht unterordnet oder andere Blickwinkel und Meinungen hat, scheint kein System zu sein,

welches Erfolg bringt – weder politisch im Land, noch parteiintern. Der Mitgliederentscheid hat eindrucksvoll aufgezeigt, dass die Mitglieder der SPD diese Form von Politik ablehnen. Der Mann, der in der SPD seit vier Jahren quasi den Alleinvertretungsanspruch hatte, der noch Landesvorsitzender, Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Bundesvorstandes der SPD ist, hat gegen Torsten Albig, der seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Kiel ist, der lan-

desweit nicht bekannt war haushoch verloren. Die Mitglieder honorieren absolute Macht nicht. Ralf Stegner ist mit seinem Stil Politik zu machen gescheitert. Die Dauerkonfrontation in Partei und Öffentlichkeit wurde per Mitgliederentscheid abgewählt, das starke und konfrontative Auftreten wird so nun in der rückschauenden Betrachtung sehr hohl und dünn. Das ist für einen Politiker tragisch.

ycst

## Zur landespolitischen Situation oder: Die Feigheit der Funktionärszene

**Sonntag, 26. Februar 2011**

**Auf der Juso-Landeskonferenz sickert gegen 18 Uhr das Ergebnis des Mitgliederentscheids durch. Im Albig-Lager (und ich benutze diesen Begriff bewusst) ist die Freude für die nächsten 24 Stunden groß, die Stimmung geradezu euphorisch.**

**Sonntag, 27. Februar 2011**

Sitzung des Landesvorstands. Wie mir berichtet wurde, erklärte Ralf Stegner zunächst den Anwesenden das Ergebnis des Mitgliederentscheids. Es sei „der Auftrag für ihn, Torsten Albig zum Ministerpräsidenten zu machen“. Er kandidiere noch einmal als Landesvorsitzender. Kein Protest. Noch nicht einmal ein Murren.

Im Anschluss an diese Erklärung und einen Redebeitrag von Torsten Albig kamen die anwesenden Funktionäre zu Wort. Die ersten fünf Redebeiträge hätten das Vorgehen mehr oder weniger ausdrücklich begrüßt, Kritik an der Interpretation und der Entscheidung von Ralf Stegner, wieder zu kandidieren, sei keine gekommen. Stattdessen wurde vorgeschlagen, man solle die Mitglieder einbinden, indem man einen gemeinsamen Brief von Torsten Albig und Ralf Stegner an sie verschicke. Ich frage mich, wie man Mitglieder in Ent-

scheidungsprozesse einbindet, indem die nun beiden wichtigsten Protagonisten der Partei, einen gemeinsamen Brief schreiben, in dem sie ihre Vorstellungen und Absichten kundtun? Der Begriff „Zementierung von Entscheidungen“ liegt meines Erachtens näher.

Und nur mal so am Rande: Dieser drei Tage später realisierte gemeinsame Brief an alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein kostete geschätzt mindestens 10.000 Euro. Eine Woche später bat der Landesverband Kreisverbände, Ortsvereine und Mitglieder um Unterstützung für den Anteil der SPD in Höhe von 4.500 Euro, der für eine Beteiligung am Aktionsbündnis „25 Jahre Tschernobyl“ anfällt. Protest von Funktionären, dass hier falsche finanzielle Prioritäten gesetzt wurden, blieb aus.

Aber zurück zur Sitzung des Landesvorstands: Wie berichtet wurde, fand sich schließlich doch jemand, der das Ergebnis des Mitgliederentscheids anders interpretierte und darin keinen Auftrag für Ralf Stegner zur Führung sehen konnte. Er kritisierte die schnelle Schaffung von Fakten und bezweifelte, dass ein Landes- und Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner im Wahlkampf hilfreich sein wird. Bemerkenswert, dass es

sich bei diesem Kritiker um einen Bundestagsabgeordneten mit sicherem Wahlkreis handelte, der nicht auf einen guten Listenplatz angewiesen ist. Dies unterschied ihn von seinen Vorrednern. Die geäußerte Kritik wurde im nächsten Redebeitrag sogleich als Lagerbildung und Spaltung diffamiert, von einem Funktionär wohl gemerkt, der im parteiinternen Wahlkampf Ralf Stegner unterstützt hatte. Man könnte hier eine Verbindung sehen zwischen dem Inhalt der Redebeiträge und der Angst vor der nächsten Landtags- oder Bundestagswahlliste, die zwar vom Landesparteitag beschlossen, aber maßgeblich durch den Landesvorsitzenden geprägt wird. Und der neue und alte Landesvorsitzende schien nach allgemeiner Ansicht zu diesem Zeitpunkt ja bereits festzustehen.

Tatsächlich ging es an diesem Tag im Allgemeinen und bei dieser Landesvorstandssitzung im Besonderen gar nicht um Lager oder um innerparteiliche Strömungen. Es geht allein um die zukünftige Rolle der Person Ralf Stegner. Damit bildete die Landesvorstandssitzung den Auftakt der Diskussion, die in den nächsten Wochen in der Partei, in der Öffentlichkeit und in den Medien geführt wurde. Nur scheinen sich die Meinung des Großteils der Funktionä-

re einerseits und die der Mehrheit der SPD-Mitglieder andererseits diametral zu unterscheiden. Für mich bleibt die Frage, ob dies tatsächlich immer die authentische Auffassung der Funktionäre ist, ob auf dieser Ebene inzwischen einfach ein gewisser Realitätsverlust eingetreten ist oder ob sich nur niemand traut, aus der Deckung zu kommen.

### Montag, 28. Februar 2011

Im Kieler Legienhof sitzen die 34 Mitglieder des Landespartei rats und bestimmt ebenso viele Gäste, davon die meisten Funktionäre. Nicht ein einziger der Redner kritisiert die Person Ralf Stegner und seine Entscheidung erneut für den Landesvorsitz zu kandidieren. Einige merken an, die personelle Entscheidung sei verfrüht gewesen und vor allem seien sie – die Funktionäre – nicht gefragt worden. Diejenigen, die im Wahlkampf des Mitgliederentscheids Ralf Stegner offen unterstützt haben, loben die neue Kultur des Vertrauens und beschwören die Notwendigkeit der Geschlossenheit der Partei. Ein Kreisvorsitzender spricht gleich für seinen ganzen Kreisverband, auch wenn er dies vorher gar nicht abgesprochen habe. Das ganze wird zwar als Kalauer verpackt, aber das Demokratieverständnis dahinter bleibt erschreckend.

Den Redebeiträgen wird jeweils besonderes Gewicht verliehen, indem der Redner zunächst darauf hinweist, wie lange er schon in der SPD ist – ein wahrer Wettstreit ist entbrannt. Ich als relativ junges SPD-Mitglied bin ziemlich eingeschüchtert, wie die meisten anderen wohl auch, denn es sprechen nur die „Urgesteine“. Einer der Gewinner dieses Wettstreits stellt fest, die schleswig-holsteinische SPD sei „links, dickschädelig und frei“. Angesichts des Ergebnisses des Mitgliederentscheids erscheint mir diese Behauptung gewagt, wenn nicht sogar blasiert. Aber ihr wird nicht widersprochen. Für mich bleibt die Frage, wer eigentlich festlegt, wie die schleswig-holsteinische SPD ist. Ist sie so, wie eine bestimmte Anzahl von Funktionären sie sieht, von denen ein nicht unerheblicher Teil Jochen Steffen noch persönlich kannte? Oder

ist sie so, wie ihre Mitglieder sind, von denen die meisten wahrscheinlich gar nicht wissen, wer Jochen Steffen ist?

Warum redet hier beim Landespartei rat nicht einer der Genossen Klartext? Warum spricht keiner direkt zu Ralf Stegner und fragt ihn, wie er sich das eigentlich vorstelle, angesichts der Ereignisse der letzten zwei Jahre und dem Ergebnis des Mitgliederentscheids Landesvorsitzender zu bleiben? Vielleicht ist keiner der anwesenden Funktionäre der Auffassung, das Ergebnis des Mitgliederentscheids müsse eine Auswirkung auf die personelle Besetzung des Landesvorstands haben. Dieser Auffassung sind in Kiel hingegen immerhin 90 Prozent der Kreisparteitagsdelegierten. Bedeutet das, die Funktionärebene denkt völlig anders als die „Basis“? Oder ist es schlicht ein Ausdruck von Feigheit, so wie auch bei mir selbst?



Die schleswig-holsteinische SPD hat sich inzwischen an Geschlossenheit gewöhnt. Eine offene Diskussionskultur ist dabei auf der Strecke geblieben.

### Ausblick

Die Mitglieder haben entschieden. Ob nur positiv über den Spitzenkandidaten oder auch negativ über den noch amtierenden Landesvorsitzenden ist umstritten. Fakt ist, dass Unruhe und Unmut in der schleswig-holsteinischen SPD herrscht. Einen Tag nach dem Mitgliederentscheid ist dessen positive Energie verfliegen, es geht in der folgenden Woche allein um das Thema, um das es in den letzten zwei Jahren immer ging: Ralf Stegner. Der Verlierer steht im Mittelpunkt. Inhaltliche Positionierungen im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl und Profilschärfung für den designierten Spit-

zenkandidaten sind nicht möglich. Dieser selbst spricht als Gast bei den Kieler Jusos von einer „beschissenen Woche“. Das sollte uns zu denken geben.

Ein weiterer Mitgliederentscheid bis zum nächsten Landespartei tag über die Frage des Landesvorsitzenden ist nicht möglich. Es liegt daher bei den Delegierten, wie sie das Ergebnis des Mitgliederentscheids interpretieren, wie sie die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bewerten, wie gut sie letztlich die Auffassungen der Mitglieder einschätzen, die sie auf dem Landespartei tag mit ihrer Stimme vertreten.

Die Auffassung des Landesvorstands selbst wurde bereits per E-Mail verkündet: Fast alle treten wieder an und nach geheimer Abstimmung wird empfohlen, auch alle, die antreten, wieder zu wählen. Außer einen, den Kassierer. Klingt für mich ein bisschen nach Mobbing: Wir finden uns alle toll, bitte wählt uns wieder, außer den da, den mögen wir nicht. Aber die eigentliche Frage ist doch, wofür eine solche Empfehlung notwendig sein soll? Können sich die Delegierten keine eigene Meinung bilden? Oder sollen sie es nicht? Oder haben die derzeitigen Landesvorstandsmitglieder Angst, nicht wiedergewählt zu werden? Man stelle sich ein solches Verhalten mal auf unteren Ebenen vor: Bei der Jahreshauptversammlung eines Ortsvereins kandidieren junge, engagierte neue Mitglieder und der alte Ortsvereinsvorstand beschließt und empfiehlt der Versammlung, man solle doch bitte wieder die alten wählen. Also die neuen bitte nicht. Was wäre das für ein Signal?

Bis kurz vor Redaktionsschluss sah es so aus, als ob kein Genosse bzw. keine Genossin bereit wäre, gegen einen Landesvorsitzenden zu kandidieren, der bereits seit Jahren innerparteilich umstritten ist und nun bei einem Mitgliederentscheid zu einer Personalfrage lediglich jedes fünfte Mitglied dazu bringen konnte, ein Kreuzchen für ihn zu setzen und den Brief auch abzuschicken. Kurz vor Drucklegung gab Uwe Döring seine Kandidatur bekannt. Das gibt Anlass zur Hoffnung. *kn*

# Ein Interview mit Andreas Breitner

**Rotkielchen:**  
Fangen wir doch mit dem Mitgliederentscheid an: Wie bewertest Du ihn?

**Andreas Breitner:**  
Das war ein toller Erfolg. Meine Bewertung mache ich an der Wahlbeteiligung fest, sicherlich auch an dem klaren Ausgang, denn der ist ja an Eindeutigkeit kaum zu überbieten gewesen. Das Ergebnis entsprach der Stimmung.

**Rotkielchen:**  
Was hat sich nach dem Mitgliederentscheid verändert?

**Andreas Breitner:**  
Ich glaube, die Mitglieder sind zufriedener, weil sie mitentscheiden durften. Das hat eine gute Stimmung in die Partei gebracht. Und insofern hilft uns dieser Mitgliederentscheid intern und extern. Außerdem haben wir eine klare Entscheidung für einen Spitzenkandidaten. Wir können nicht sicher sein, ob ein Parteitag bei der der gleichen Fragestellung die gleiche Entscheidung getroffen hätte. Das war eine gute Sache.

**Rotkielchen:**  
Danach war ja einiges überraschend – was hast Du an Reaktion von der Basis mitbekommen und was hast Du selbst gedacht?

**Andreas Breitner:**  
Ihr spielt darauf an, dass Torsten sich hinterher mit Ralf darauf geeinigt hat, ihn bei der Wahl zum Landesvorsitzenden zu unterstützen. Die Reaktionen von der Basis darauf sind sehr unterschiedlich. Übrigens auch regional verschieden. Da gibt es Leute, die finden das toll, dass man alle mitnimmt. Aber es gibt auch andere, die sehr enttäuscht sind und dies deutlich sagen – Torsten hat das neulich selber aus einer

Mail zitiert „Dafür haben wir Dich nicht gewählt, du Clown.“

Ich persönlich war sehr überrascht, obwohl ich selbst an den Diskussionen beteiligt war. Ich habe vor dem sonntäglichen Gespräch von Ralf und Torsten in Bordesholm mit Torsten und hinterher mit Ralf gesprochen. Das Ganze war Thema der Gremiensitzungen der Partei an diesem Tag. Mit diesem Ergebnis habe ich vorher nicht gerechnet. Und ich brauchte einen Moment, um mich an den Gedanken zu gewöhnen, dass die beiden vertrauensvoll zusammenarbeiten wollen und können. Nun bin ich mir sicher, dass es ein Erfolgsmodell werden kann. Ich werde auf jeden Fall daran mitarbeiten, dass es das wird.

**Rotkielchen:**  
Aber kann denn jemand noch mal wieder kandidieren, der nicht mal ein Drittel der Mitglieder hinter sich gebracht hat bei so einem Mitgliederentscheid?

**Andreas Breitner:**  
Also erstens hat er ja als Spitzenkandidat kandidiert und ist dabei gescheitert. Vielleicht auch, weil er zwei Jahre zuvor bei der letzten Landtagswahl auch bei den Wählerinnen und Wählern als Spitzenkandidat durchgefallen ist. Das sagt ja nichts darüber aus, ob ein in dieser Frage Unterlegener nicht ein guter Landesvorsitzender sein kann. Diese Schlussfolgerung hängt sehr stark davon ab, wie man die Person Ralf Stegner sieht. Die Frage ist nicht, ob einer, nur weil er für ein Amt kandidiert und unterliegt, für ein anderes Amt die Legitimation verloren hat, sondern, ob man ihm zutraut, ein integrativer Landesvorsitzender zu sein, dem es gelingt, die verschiedenen Flügel, die uns ja jetzt in einem parteiinternen Wahlkampf wochenlang quasi vorgeführt wurden, zusammenzuführen. Ich glaube das Tandem Stegner/Albig kriegt das hin.



Andreas Breitner - stellvertretender SPD-Landesvorsitzender und Bürgermeister der Stadt Rendsburg

**Rotkielchen:**  
Wir haben jetzt die innerparteiliche Diskussion, die sich um den Landesvorsitzenden dreht. Und die wird ja kontrovers geführt. Wie bekommt man ein Klima hin, dass die Leute auch Spaß an kontroversen Diskussionen haben, und das Klima nicht gleich als vergiftet erscheint oder auch tatsächlich ist?

**Andreas Breitner:**  
Also ich glaub das ja nicht, dass das bisher so war ... Gut, es hat Landesparteitage gegeben, wo wenig diskutiert wurde. Da habe ich auch festgestellt, dass das inhaltliche Interesse derjenigen, die die eigentliche Politik der SPD dann nach außen vertreten, relativ schwach war. Da war sowohl von der Landtagsfraktion als auch vom Landesvorstand zu wenig Beteiligung. Das müssen wir ändern. Aber ich bestreite, dass wir in der SPD Schleswig-Holstein keine Streit-

kultur hätten. Wir haben z. B. einen Landesvorsitzenden, der sich in der Sache gut streiten kann und oft gestritten hat. Ob innerhalb des Landesvorstandes stets und ständig ausreichend gestritten wird, das ist wieder eine andere Frage, das kann man sicher unterschiedlich sehen.

**Rotkielchen:**

Naja, zum einen gibt es das sicher, dass gar nicht über Dinge gesprochen wird. Aber es passiert doch auch, dass, sobald jemand mal in eine andere Richtung denkt, ihm vorgehalten wird: Aber das kannst Du doch jetzt nicht sagen! Jetzt doch dieses Fass nicht aufmachen! Auf jeden Fall nicht öffentlich. Da fehlt schon manchmal die Streitkultur, oder?

**Andreas Breitner:**

Also, ich gehöre weder zu denen, die etwas einbringen und denen dann gesagt wird, dass sie jetzt aber mal aufhören sollen. Und umgekehrt bin ich auch nicht der, der den Deckel draufhält. Aber ich kann das nachvollziehen, wenn Ihr das so empfindet. Ihr könntet das wahrscheinlich auch belegen, weil Ihr Beispiele habt, wo Ihr sagt: Mensch, da haben wir mal einen Vorstoß unternommen, und da hat uns dann irgendjemand, der Landesvorsitzende oder der Geschäftsführer oder der Pressesprecher oder der Fraktionsvorsitzende oder wer auch immer gesagt: Jetzt hört aber mal auf, das passt gerade nicht. Ich gebe Euch recht, das darf nicht sein – das haben wir auch gar nicht nötig, denn die Bevölkerung ist daran interessiert, die ganzen Fassetten mitzubekommen. Und wo es im Einzelfall auftritt, sollten wir es gemeinsam abstellen.

**Rotkielchen:**

Lass uns auf die Landespartei kommen. Wie bekommen wir es hin, dass wir in den kommenden Jahren wieder stärker werden? Wir hatten ja mit dem letzten Wahlergebnis, und der Kommunalwahl und der Europawahl durchaus ...

**Andreas Breitner:**

... Hänger! Ich glaube, dass wir die richtigen Themen haben, dass wir sie aber nicht rübergebracht haben. Da

setze ich jetzt sehr stark drauf, dass wir jetzt wieder Personen haben, die für die Wählerinnen und Wähler so sexy sind, dass die Menschen ihnen unsere Positionen abnehmen. Und da ist Torsten Albig der Richtige. Das ist wohl auch ein Motiv, warum die Mitglieder ihn im Mitgliederentscheid haben wollten. Und wenn wir wieder Wahlen gewinnen und mehrheitsfähig sind, werden wir einen Aufschwung erfahren. Unser guter Spitzenkandidat wird das beflügeln.

**Rotkielchen:**

Wie bewertest Du den politischen Gegner derzeit?

**Andreas Breitner:**

Also die CDU jetzt? Die nehme ich zerstritten wahr. Ich krieg da auch einiges mit. Die sind alles andere als einig hinter ihrem Spitzenkandidaten. Der wirkt für mich wie so ein großer Junge, der im Moment noch hinter Carstensen hinterherlaufen darf, aber nicht rangelassen wird. Die Tatsache, dass sie ihn nicht zum Ministerpräsidenten wählen lassen, zeigt ja schon, dass er keine Mehrheit in seiner eigenen Fraktion hat: sonst würde die CDU den Amtsbonus für die Wahl nutzen, und Carstensen hätte schon lange die Biege gemacht – der hat sowieso keine Lust mehr, den Job zu machen, und füllt ihn dementsprechend nicht aus.

Die Grünen sind im Moment Liebling der Medien. Insbesondere der Fraktionsvorsitzende, weil er anders wirkt als andere Politiker: Schriftsteller, irgendwie „smarter Typ“, relativ jung. Das lieben die Medien. Deshalb wird er von einigen Verlagen ja auch sehr intensiv hofiert. Aber ich glaube, mit den richtigen Themen, die wir haben, und den richtigen Personen, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Die FDP? Das regelt hoffentlich die Fünf-Prozent-Hürde ... Und, was gibt's noch? Nagut, die Linkspartei, das müssen wir sehen. Möglicherweise werden ein Spitzenkandidat Torsten Albig und ein Landesvorsitzender Ralf Stegner die Gewähr dafür sein, dass wir die beiden Flügel der Gesellschaft und eben auch den ganz linken Flügel parteipolitisch im Griff behalten. Wäre schön, wenn die nicht in den Landtag kämen ...

**Rotkielchen:**

Was kann die Partei von kommunalen Spitzen lernen?

**Andreas Breitner:**

Bürgernähe, glaube ich. Dass man die Menschen mitnehmen muss. Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, die Integration, die Bildung – diese Themen kumulieren alle in den Kommunen. Das sind Themen, mit denen alle, die ehrenamtlich oder hauptamtlich Verantwortung haben in den Kommunen, tagtäglich zu tun haben. Und das schult natürlich auch im Umgang. Die Entscheidungen, die wir treffen, müssen wir den Menschen unmittelbar erklären und den Betroffenen Rede und Antwort stehen. Ich glaube, da kann man auch in der Landespolitik von lernen, weil die Distanz zwischen denen, die Entscheidungen treffen, und denen, die von diesen betroffen sind, sehr gering ist. Und da kann man glaube ich von der Kommunalpolitik lernen.

**Rotkielchen:**

Wie schätzt du die Motivation der Basis ein, Wahlkampf zu machen?

**Andreas Breitner:**

Die schätze ich hoch ein. 70 Prozent haben sich an dem Mitgliederentscheid beteiligt. Mehr Basis geht fast nicht. 57 Prozent haben sich sehr eindeutig für eine Person entschieden und haben dann auch eine sehr hohe Motivation für ihn Wahlkampf zu machen – nicht nur für ihn, sondern auch für die ganze Landespartei. Und irgendwo ist das ja ein Stück Neuanfang, der auch beflügeln kann. Und entsprechend kenne ich eigentlich im Moment nur motivierte Leute – außer zugegebenermaßen die, die diese letzte Personalempfehlung sehr kritisch sehen. Aber ich bin mir sicher, mit dem Landesparteitag wird sich das alles wieder beruhigen.

**Rotkielchen:**

Vielen Dank für das Gespräch.

*Das Interview führten  
Moritz Knebusch und Dennis Mitterer.*

# Warum ein neuer politischer Stil notwendig ist

**Seit Herbst letzten Jahres streitet die schleswig-holsteinische SPD nicht nur darüber, welche Personen Spitzenpositionen einnehmen sollen. Immer wieder wurde auch über einen „neuen politischen Stil“ diskutiert, welcher angestrebt wird – doch was genau soll man darunter verstehen?**

Mit Torsten Albig wurde von den vier Kandidatinnen und Kandidaten auf den Posten der Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl mit einer großen Mehrheit genau jener gewählt, der sich am stärksten als Vertreter eines neuen politischen Stils profiliert hat. Dieser zeichnet sich aus seiner Sicht zum einen dadurch aus, dass er politische Versprechen nur dann verkündet, wenn er auch ihre Finanzierbarkeit sicherstellen kann. Zum anderen will er einen weniger konfrontativen Umgang mit politischen Gegnerinnen prägen.

## **Realistische Wahlversprechen**

Ein klassischer, pauschaler Vorwurf gegen Politikerinnen ist jener, dass sie in Wahlkämpfen große Versprechen machen, diese jedoch nach einer gewonnenen Wahl relativ schnell zurücknehmen – bei einem Regierungswechsel werde dies meist damit begründet, dass der jeweilige Haushalt viel positiver eingeschätzt wurde als ihn die Vorgängerregierung übergeben hat. Dieser Vorwurf ist nicht unbegründet, in seiner Pauschalität nährt er sich im Wesentlichen jedoch aus einer verzerrten Wahrnehmung – zum einen fallen gebrochene Wahlversprechen eher auf als gehaltene, da sie natürlich sowohl von der Opposition als auch von den Medien stärker thematisiert werden. Zum anderen sind Wahlprogramme wesentlich umfangreicher als die drei, vier Kernthemen eines Wahlkampfes; deshalb werden viele kleinere Wahlver-

sprechen meist nur von einem kleinen Kreis von Betroffenen wahrgenommen. Die Reaktion auf diese Kritik, nur noch Wahlversprechen zu machen, die sicher und kurzfristig realisierbar sind, ist eine logische Konsequenz und mit Blick auf einige Wahlkämpfe zum Beispiel in Hamburg oder auch bei der Oberbürgermeisterwahl in Kiel erfolgreich. Zwei Probleme dürfen dabei aber nicht vernachlässigt werden: Erstens kann die abwägende, vorsichtige Wahlkampfretorik im Vergleich zu radikaleren Politikversprechen – wie zum Beispiel der Linkspartei – untergehen und von vielen als „halbherzig“ erachtet werden. Zweitens dienen gerade visionäre Wahlversprechen dazu, dass sich die Parteien im Wettbewerb voneinander abgrenzen. Je enger jedoch die Spielräume des finanziell Möglichen sind, desto näher liegen auch die verschiedenen politischen Positionen beieinander. Beide Probleme können gerade unseriösen Parteien an den politischen Rändern in die Hände spielen; um dies zu verhindern ist eine maßvolle Berichterstattung notwendig.

## **Respektvoller Umgang mit politischen Gegnerinnen**

Bereits im Kieler Oberbürgermeisterwahlkampf hat Torsten Albig sich durch einen ruhigen, wertschätzenden Umgang gegenüber seinen Konkurrentinnen ausgezeichnet. Während von einigen gefordert wurde, mit der CDU-Amtsleiterin Volquartz und den Fehlentscheidungen in ihrer Amtszeit härter ins Gericht zu gehen, hat Torsten Albig hierauf verzichtet und wohl auch durch die respektvolle, sachorientierte Auseinandersetzung vielen ehemaligen CDU-Wählerinnen die Möglichkeit eröffnet, ihn zu wählen. Zwar kann auch an diesem Punkt kritisiert werden, dass ein Potential

der Wählerinnen-Stimmengewinnung nicht vollständig ausgeschöpft wird und natürlich geht es bei jeder Wahl nicht nur um eine Entscheidung für etwas, sondern auch gegen etwas. Gerade bei stark von Personen dominierten Wahlkämpfen scheint es jedoch nachhaltiger zu sein, Wählerinnen für die eigenen Spitzenkräfte zu gewinnen, da man sich andernfalls nur von dem Personal des politischen Gegners abhängig macht.

Ein zweiter, langfristiger Nutzen eines respektvollen Umgangs in der Politik ist der Vertrauensgewinn in demokratische Institutionen. Sofern nicht jede unterschiedliche Auffassung als persönliche Auseinandersetzung inszeniert wird, wirkt der „politische Betrieb“ nicht mehr so stark wie eine ausschließlich mit Egomani besetzte Seifenoper. Und politische Entscheidungen können vielleicht den Ruf loswerden, sie würden grundsätzlich nur aus politischem Kalkül und immer mit der Intention, einer anderen Person zu schaden, getroffen werden.

Der neue politische Stil, für den Torsten Albig steht, zeichnet sich somit im Wesentlichen dadurch aus, dass sich die politische Kommunikation zwischen Politikerinnen und Wählerinnen verändert und ist geprägt von einer stärkeren Seriosität. Wie so oft, wenn es um Stilfragen geht, ändert sich dadurch am konkreten Handeln nicht allzu viel. Denn unabhängig davon, wie intensiv sich die Spitzenkandidatinnen im Wahlkampf angreifen oder wie realistisch die Versprechungen sind, an den politischen Entscheidungen nach einer Wahl selbst ändert sich nichts. Folglich stellt sich die Frage, ob realistische Wahlversprechen und Respekt allein reichen, um tatsächlich einen neuen politischen Stil zu prägen.



### Ein neuer Umgang mit Bürgerinnen

Unterhält man sich mit einzelnen Politikerinnen kommt beinahe unvermeidlich irgendwann die Anmerkung „Ja, das stimmt zwar. Das kann man so aber nicht öffentlich sagen.“ Hintergrund ist fast immer die Furcht, dass einige Überzeugungen den Wählerinnen nicht zugemutet werden dürften. Hiermit sind beileibe nicht die rassistischen „Wahrheiten“ jener gemeint, die glauben, Deutschland würde sich „abschaffen“. Interessanterweise werden diese schneller und offener in die Welt geschrien, als dass erläutert wird, warum sich beispielsweise ohne Steuererhöhungen ein armes Land wie Schleswig-Holstein nicht all das an Infrastruktur, Hochschulen und Sozialleistungen leisten kann, was bisher auf Pump finanziert wurde. Leider äußerten dies bisher auch die (sozialdemokratischen) Befürworterinnen eines „starken Staates“ nur dann, wenn sie nicht konkret mit einer Bestrafung bei Wahlen zu rechnen hatten. Be-

zu übernehmen, sollten gerade Vertreterinnen einer solidarischen, emanzipatorischen Partei auch nicht zögern, Missstände wie die europäische Flüchtlingspolitik oder die steigende Diskriminierung von Arbeitslosen zu benennen – auch wenn dies bei einigen Bürgerinnen oder Illustrierten mit großen Buchstaben nicht gut ankommt. Eine neue Ehrlichkeit gegenüber Bürgerinnen, die sowohl aus realistischen Wahlversprechen wie auch aus einer aufrichtigen Kommunikation von politischen Entscheidungen besteht, verdeutlicht einen respektvollen Umgang mit Wählerinnen – und wird im Gegenzug auch zu mehr Respekt gegenüber Politikerinnen führen.

### Ein neuer Umgang mit Genossinnen

Wer die Ereignisse nach dem Mitgliederentscheid verfolgt hat, hat gemerkt, dass der frisch gebackene Spitzenkandidat Torsten Albig zumindest bei der Frage des innerparteilichen Umgangs noch keinen neuen Politikstil

folgreichen Mitgliederentscheid mit der hohen Beteiligung der Mitglieder die viel beschworene innerparteiliche Demokratie ad absurdum geführt wurde: An Stelle des erhofften Endes von Entscheidungen weniger Spitzengenossinnen in Hinterzimmern machten nun zwei Männer unter sich aus, wer Vorsitzender von knapp 20.000 SPD-Mitgliedern sein soll.

Ein neuer innerparteilicher Politikstil sollte von einer Wertschätzung der vielen ehrenamtlich aktiven Genossinnen geprägt sein – dazu gehört auch, dass sich das Spitzenpersonal in Regierungen oder Parlamenten nicht den „normalen Mitgliedern“ gegenüber höherwertiger oder qualifizierter präsentiert und Entscheidungen von Parteigremien respektiert. Viel zu oft treten die „wichtigen“ Genossinnen auf Mitgliederversammlungen oder Parteitag so auf, als ob der mindere Parteipöbel von nichts eine Ahnung hätte und sowieso lieber die Expertinnen ihre Arbeit machen lassen sollte – gerade mal zu Wahlkämpfen wird akzeptiert, dass die einfachen Mitglieder sich für die Ideen der Expertinnen auf die Straße stellen.

Nur der respektvolle Umgang mit Genossinnen kann dazu führen, dass wieder mehr Mitglieder in der Partei aktiv werden wollen – und die SPD für Nichtmitglieder attraktiver wird. Wenn deutlich wird, dass das rote Parteibuch in politischen Fragen tatsächlich einen Unterschied macht und gerade in der SPD ein Miteinander gepflegt wird, in welchem alle gleich und Hierarchien nicht so wichtig sind, kann solch ein neuer politischer Stil viel mehr erreichen als nur zum Sieg der nächsten Landtagswahl zu führen.

br

*In diesem Artikel ist bei der Verwendung des grammatischen weiblichen Geschlechts prinzipiell auch das männliche Geschlecht gemeint.*



Der neue Stil – eine Modeerscheinung?

lieber ist es bisher, diese und andere Entscheidungen zu delegieren und so immer mehr Gestaltungsmacht aus politischen Institutionen an so genannte Expertinnengremien abzugeben – die verschiedenen Erichsen-, Rürup-, oder Hartz-Kommissionen sind hierfür gute Beispiele.

Neben dem Mut, für politische Entscheidungen auch die Verantwortung

eingeführt hat. In einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Landesvorsitzenden wurde die Frage geklärt, wer zukünftig die Landespartei führen soll. Der Protest von vielen Mitgliedern, der sich seitdem erhoben hat, ist zwar zum einen darauf zurückzuführen, dass offensichtlich viele einen Rücktritt von Ralf Stegner erwartet und erhofft haben. Genauso schwer wog aber zum anderen, dass nach dem er-

# Eine Frage der Ehre

**Viele Menschenalter lang hat die Ehre den Menschen schon begleitet. Sie ist kein neues Phänomen: Die alten Griechen philosophierten über sie, in Rom schwang man im Zweifel auch die Waffe für sie und im Mittelalter behauptete so mancher Herrscher, in seiner Ehre verletzt zu sein, warf dem Gegner den Fehdehandschuh vor die Füße und schon machte man sich bereit für den Kampf.**

Und doch ist Ehre eine der wichtigsten Größen für ein friedliches Zusammenleben. Sie bedeutet, andere ehren, sie nicht verletzen. Sie bedeutet, ehrlich sein – sein Wort halten und nichts Unwahres verbreiten. Sie gibt einen Rahmen vor, innerhalb dessen man sich bewegen kann. Und von dem man erwarten kann, dass auch andere sich an ihn halten.

Dieser Rahmen wird oft bezeichnet als „Das gehört sich so“ oder auch „Das gehört sich nicht“. Schon kleine Kinder bekamen von jeher jene Worte zu hören. Sie verinnerlichen diesen Wertekomplex – er kommt ihnen selbstverständlich vor.

Warum ist das so? Möglicherweise weil bestimmte Grundübereinkünfte über angemessenes Verhalten das Zusammenleben einfa-

cher machen. Müsste man auch noch ständig überlegen, wie man sich „richtig“ verhalten soll, käme man vor lauter Nachdenken vielleicht zu gar nichts anderem mehr. Und wenn man erwarten kann, dass sich alle – oder zumindest die meisten – Mitglieder einer Gesellschaft daran halten, dann kann man auch das Verhalten anderer besser vorhersehen und sich darauf einstellen.

Natürlich müssen wir hinterfragen, was wir tun. Nicht als selbstverständlich hinnehmen, wie wir uns geben. Als aufgeklärte Mitglieder unserer Gesellschaft sollten wir uns vor die Augen führen, was Konsequenzen unseres Handelns sein können. Uns und anderen klar machen, dass wir wissen, was wir tun. Ehrlich sein zu unseren Freunden. Und verantwortungsvoll handeln.

Gerade im politischen Bereich übernehmen Menschen Verantwortung für andere. In unserem demokratischen System funktioniert das so, dass eine Gruppe bestimmten Personen ihr Vertrauen schenkt. Schon aus der Formulierung „Vertrauen schenken“ wird deutlich, dass es sich hierbei um nichts handelt, was einzelne einfordern können. Vertrauen ist ein Geschenk. Wer es nicht bekommt, darf es sich nicht hinterrücks erschleichen. Ehren-

haft hingegen wäre es, Realitäten anzuerkennen. Und manchmal auch tatsächlich Konsequenzen zu ziehen.

Wenn plötzlich der eigene Vorteil über dem der Gruppe steht, die man vertreten will – kann man für sie dann noch ehrlich Verantwortung übernehmen?

Wird ein solches Verhalten geduldet, verschiebt sich unser Wertegerüst. Das bereitet so manchem Unbehagen. Zustände ändern sich – keine Frage. Muss das aber auch damit einhergehen, dass plötzlich keine Regeln mehr gelten? Der Verlierer zum Gewinner und öffentliche Diskussion in einer demokratischen Organisation als schädlich empfunden wird?

Einem System, das das begrüßt, beginnt der Lebenssaft aus den Adern zu fließen. Manches Mitglied einer solchen Gruppe wird verdrossen. Man kann es ihm nicht verübeln. Als Partei bemüht man sich stets, die Ursachen der weitverbreiteten Demokratie- und Parteienverdrossenheit zu erkennen und zu beheben. Wenn Ehre nichts mehr gilt, kann das eine solche Ursache sein.

Ganz ehrlich: Mir bereitet das Unbehagen.

cg

## Tatort Zukunft *Junge politische Diskussion*

**Sonntagnachmittag in Kiel. Die Luft ist stickig, der Raum voller junger Menschen. Eine junge Frau erhebt sich von ihrem Platz und eilt zum Podium. Die Stimmung ist gereizt. Ihr Beitrag wird mit Beifall, Zwischenrufen und Gelächter bedacht. Anschließend heben sich die bunten Karten in die Luft, Gegenprobe, Antrag angenommen. Der Jugendkongress „Tatort Zukunft“, organisiert von Jusos, Grüner Jugend, SSWJugend, BUND und FÖJlerInnen, hat somit die KiTa-Pflicht von der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zur Schulpflicht in ihre Resolution aufgenommen.**

Politik ist langweilig? Die Jugend ist politikverdrossen? Die schleswig-holsteinischen Jugendlichen scheinen alle diese Vorurteile an einem Wochenende zu zerstreuen. Über 60 junge Menschen diskutierten und verhandelten vom 12. auf den 13. März in der Kieler Jugendherberge. Neben den Organisationsverbänden nahmen auch Mitglieder der Piratenpartei und der Jungen Union teil, sowie eine nicht unerhebliche Menge politisch Nicht-Organisierter. In Workshops hatten diese zunächst Forderungen zu den Themen Bildung, Ernährung, Bekämpfung von Rechtsextremismus, Medien, Gender,

Kultur und Energie erarbeitet. Diese wurden anschließend im großen Plenum abgestimmt und bei Zustimmung in die Resolution aufgenommen. Die hitzigen und kontroversen Debatten mögen vielleicht auf den einen oder anderen abschreckend gewirkt haben, trotzdem hielten viele bis zum Ende durch. Belohnt wurden sie dadurch, dass Politiker des Landtages die Resolution entgegennahmen und versprachen diese, in die jeweiligen Parteien zu tragen.

Zerschlagung und Verstaatlichung der vier großen Energiekonzerne, KiTa-Pflicht,

längeres gemeinsames Lernen, eine Verstärkte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, Einführung einer Frauenquote für Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte, Schützung der Privatsphäre im Internet, Ausbau der erneuerbaren Energien, mehr Transparenz in der Nahrungsmittelbranche, Stärkung der FSJ-Kultur und ein NPD-Parteiverbot sind nur einige von insgesamt 54 Forderungen. Trotz des Zeitdrucks und zahlrei-

cher Änderungsanträge wurde über die Forderungen ausgiebig gestritten.

Der Tatort Zukunft hat ein Zeichen gesetzt. Verschiedene Jugendorganisationen in Schleswig-Holstein haben es geschafft sich zusammen zu setzen, Kompromisse zu finden und auch mal über ihren (politischen) Schatten zu springen. Abgerundet wurde das Programm mit einer abendlichen Podiumsdiskussion zum Thema Energiepolitik.

Zuletzt hielt noch der kommende schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig eine Abschlussrede. Er forderte alle auf sich politisch weiter zu engagieren, kritisierte aber auch die Funktionäre der Parteien, die ihre Basis und die Bevölkerung vergessen hätten. Die Parteioberen müssten auf die Parteimitglieder hören und deren Entscheidung ernst nehmen: Torsten wir nehmen dich beim Wort!  
md

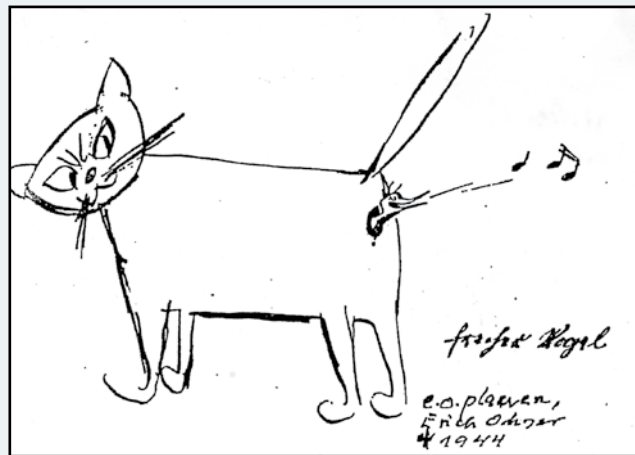
# Leserbriefe

**Die Rotkielchenredaktion freut sich immer über Reaktionen von ihren Lesern. An dieser Stelle möchten wir sie mit Euch teilen.**

„Liebes Rotkielchen-team, irre ich mich oder wart Ihr früher kritischer, schärfer, bissiger und kratziger? Und ich in den meisten Fällen gegenteiliger Meinung?! Nach Lektüre Eurer Ausgabe 38/2 2010/2011 scheint mir alles ganz anders. Wer hat sich geändert, Ihr? Oder ich? Oder nur die Zeiten?  
Herzliche Grüße, Euer Günther Bantzer“

Lieber Günther,  
Erst einmal vielen Dank für Deine Postkarte. Eine Interpretation des Motivs überlassen wir den Lesern. Ob sich Deine Meinung in den vergangenen Jahren änderte vermögen wir in der Redaktion nicht zu beurteilen; für das **Rotkielchen** lässt sich jedoch feststellen, dass wir nach wie vor kein „Blatt vor den Mund“ nehmen und – ungeachtet der von Funktionären vorgegebenen Richtung – mit klaren Worten unsere Meinung vertreten. In diesem Sinne hoffen wir, dass Dir auch dieses Heft gefällt.  
Herzliche Grüße, Deine **Rotkielchen**-Redaktion

Erfreut waren wir dieses Mal auch über einen Leserbrief, der sich über ganze 20 Seiten erstreckte und uns sogar in gefalteter Form unter dem Titel „Der Stachel“ erreichte. Ihr werdet Verständnis dafür haben, dass wir ihn deshalb nur Ausschnitte wiedergeben können. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier die vorletzte Seite. Die Autoren dieses Briefes scheinen bereits im Vorfeld des Mitgliederentscheides Wissen darüber gehabt zu haben, was uns im Nachhinein erwartet [siehe rechts].



*Handwritten notes:*  
 Kid, d. 18.1.2011  
 Prima 23  
 ...-team, irre ich mich,  
 ...kritischer, schärfer,  
 ...kratziger? und ich in den  
 ...gegenteiliger Meinung?!  
 ...Ausgabe 38/2 2010/2011  
 ...alles ganz anders. Wer hat  
 ...geändert, Ihr? oder ich? Oder  
 ...Herzliche Grüße Günther Bantzer

Bei der Wahl der/des Spitzenkandidat\_in der SPD geht es um die Inhalte der Kandidat\_innen, nicht um Machtspiele oder persönliche Neigungen!  
 Der STACHEL hofft auf eine an klar demokratisch-sozialistischen Werten orientierte Entscheidung!



Gekommen um zu bleiben!

DER STACHEL

# Wenn die Wissenschaft stiften geht ...

**Es gibt Themen, über die von Jusos und anderen Linken immer sehr allgemein gesprochen wird, aber konkrete Probleme sind oft nur schwer zu benennen. Hierzu gehört die Frage der Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft. Seit neuestem bietet aber die Kieler Universität ein exzellentes Beispiel, was der wachsende Einfluss von Privatunternehmen in Hochschulen bedeuten kann.**

Auf der Februar-Sitzung des Senats, dem höchsten Gremium der Universität, wurde ein Thema heiß diskutiert, welches dort normalerweise nur oberflächlich angesprochen wird: Die Abhängigkeit universitärer Forschung von der Wirtschaft. Worum ging es? Auf der Tagesordnung stand die Besetzung einer Stiftungsprofessur für „Ökonometrie der Milch- und Ernährungswissenschaft“ und dabei erregte weniger der favorisierte Bewerber auf diesen Posten Kritik als die Rahmenbedingungen, unter denen er eingestellt werden soll.

Die Stiftungsprofessur wird nämlich von namhaften Unternehmen der Milchwirtschaft finanziert, so treten unter anderem *frischli*, *Humana*, *Nordmilch* und die *Molkerei Ammerland* als Stifter auf – und sie haben sich in einem Vertrag mit der Universität und dem Land weitgehende Möglichkeiten geschaffen, wie sie auf den zukünftigen Professor Einfluss nehmen können. Mit zusammen 56 000 Euro finanzieren die Milch-Unternehmen zwar noch nicht einmal ein Drittel der Kosten für die Professur (insgesamt 186 000 Euro), doch wird erwartet, dass sich der Professor „in besonderer Weise“ mit Vorträgen, Projekten, Veröffentlichungen und Beratungsleistungen für Unternehmen der Milchwirtschaft engagiert. Nach der grundgesetzlich festgeschrie-

benen „Freiheit der Forschung“ klingt das nicht, wenn dem Professor schon vertraglich ein so umfangreicher Aufgabenkatalog vorgelegt wird.

Damit auch sichergestellt wird, dass der Professor im Sinne der Stifter arbeitet, wird ein Beirat gegründet, welcher über die dem Professor zur Verfügung gestellten Mittel entscheidet – natürlich stellen die Stifter aus der Milchwirtschaft in diesem Beirat die Mehrheit. Dieser Beirat tagt mindestens halbjährlich und kann somit intensiv die Arbeit des Professors kontrollieren, darüber hinaus soll er den Professor auch „bei der Kooperation mit der Wirtschaft beraten und unterstützen“. Eine solche Konstruktion an einer staatlichen Hochschule ist schon nicht mehr nur anrühlich, sondern hat das Potential für einen ausgewachsenen Skandal. Der massive Einfluss, den sich die Milchunternehmen mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand einkaufen, wird vermutlich dazu führen, dass der Professor in seinem Fachgebiet nicht gerade die Position des Bauernverbands oder von Verbraucherschverbänden einnehmen wird.

Für eine Universität mit dem Anspruch, exzellente Forschung zu betreiben, ist eine solche Verflechtung mit wirtschaftlichen Interessen natürlich sehr kritisch. Dass die Ernährungswissenschaften bundesweit in der Kritik stehen, stark mit der Nahrungsmittelindustrie verbunden zu sein, ist nur ein schwacher Trost, denn die relevante Frage ist vielmehr: Was für ein Licht wirft ein solcher Professor auf die Universität, wenn er bei den nächsten Bauernprotesten gegen das Milchpreisdumping als Experte in den Medien präsent ist und damit auch die CAU repräsentiert?

Nun ist dies nicht die erste Stiftungsprofessur an der CAU – auch die bisher schon eingerichteten Stiftungsprofessuren können gewiss ganz allgemein dafür kritisiert werden, dass mit ihnen immer eine starke Themensetzung von außen verbunden ist und die damit normalerweise befristet eingeworbenen Mittel oft auch die Universität auf lange Zeit binden. Aber: Bislang ist noch nie ein solch starker Einfluss von Stiftern auf die Forschungstätigkeit der Stiftungsprofessur aufgefallen wie bei dieser Professur. Zudem sind bisher auch selten Unternehmen als Stifter aufgetreten, und wenn – wie beispielsweise im Fall einer Professur für Sportrecht, die von der Deutschen Telekom finanziert wird – hatten die Unternehmen kein direktes eigenes Interesse an bestimmten Forschungsergebnissen. Die Universität muss nun darüber diskutieren, ob dies ein einmaliger Sündenfall bleiben soll oder ob sie ihre Unabhängigkeit zumindest teilweise aufgeben will, um Geldquellen zu erschließen.

Da derzeit noch kein Überblick über die an der Kieler Uni vorhandenen Stiftungsprofessuren vorliegt, hat der studentische Senator der Juso-Hochschulgruppe, Benjamin Raschke, beim Präsidium der Universität eine Auflistung der eingerichteten und geplanten Stiftungsprofessuren an der Uni angefragt. Die Juso-Hochschulgruppe will diese notwendige Diskussion in der Studierendenschaft und der gesamten Universität weiter vorantreiben, um ein stärkeres Bewusstsein für ein Problem zu schaffen, welches normalerweise als „nur theoretisch“ und „zu abstrakt“ abgetan wird: Die Ökonomisierung von Hochschulen.

Andy Dehse

# Apologeten des Untergangs

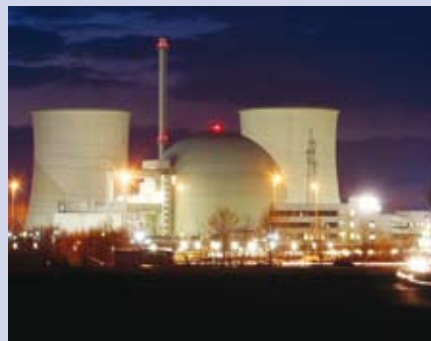
**Seit mehreren Jahren wird in Kiel um die zukünftige Energieversorgung der Stadt gerungen. Im Mittelpunkt steht dabei das Kohlekraftwerk in Dietrichsdorf. Bereits 2008 hat die SPD im Kieler Rat gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern von den GRÜNEN und vom SSW dem Bau eines neuen Kohlekraftwerks und dem damit verbunden immensen CO<sub>2</sub>-Ausstoß einen Riegel vorgeschoben. Statt eines Kohlekraftwerkes soll ein Gaskraftwerk gebaut werden, welches erstens auf eine geringere Laufzeit ausgelegt werden kann als ein Kohlemeller und damit dem Aufbau regenerativer Energieerzeugung weniger im Weg steht, welches zweitens in der Stromproduktion flexibler rauf- und runtergeregelt werden kann als ein Kohlemeller und damit in Zeiten hoher Produktion aus regenerativen Quellen (z.B. wenn dank einer ordentlichen Brise die Windräder aufdrehen) Leitungskapazitäten freigeben kann und welches drittens auch noch wirtschaftlich zu betreiben ist.**

Als die Kieler SPD sich am 12. März traf, um ihre Position zur zukünftigen Energieversorgung Kiels zu beraten und zu beschließen, bemühte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung allerdings schon seit einigen Monaten darum, relativ kleinen Versorgern und Kraftwerken einen Strich durch die Rechnung zu machen. Denn die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ist auch ein wirtschaftliches Problem. Bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung neuer Kraftwerke – wie etwa eines hocheffizienten Gaskraftwerkes in Kiel – war man bis dato natürlich davon ausgegangen, dass durch den von der rot-grünen Koalition erreichten Atomkompromiss die Abschaltung der Atomkraftwerke absehbar sei und diese veralteten Großkraftwerke auf dem Strommarkt Platz für Neues machten.

Dieses Problem der Laufzeitverlängerung spielte am 12. März allerdings nur am Rande eine Rolle. Der Parteitag stand unter dem Eindruck der Nachrichten aus Japan: Auf verheerende Erdbeben und die Tsu-

namikatastrophe folgte eine Explosion im Atomkraftwerk Fukushima I. Diejenigen, die trotz dieser Ereignisse noch an Atomkraftwerken festhalten wollen, statt entschlossen umzusteuern, nannte der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig an diesem Tag „Apologeten des Untergangs“.

Der sozialdemokratische Denker Erhard Eppler sagte angesichts des GAUs: „Eines ist jetzt zu Ende, nämlich der Versuch, alle technischen Gefahren dadurch zu erledigen, dass man so tut, als gäbe es sie nicht, und alle mies macht, die auf die Gefahren hinweisen.“ Allerdings sagte er dies 1986 und die Katastrophe war die von Tschernobyl. Man muss rückblickend wohl leider festhalten, dass er sich irrte. Schnell erklärten damals die Befürworter der Atomenergie, dass diese Art von technischem und menschlichen Versagen nur im Ostblock geschehen könne und nicht in den sicheren Atomkraftwerken des Westens. Die Kernschmelze in Pennsylvania 1979 galt auch nicht als Gegenbeispiel, denn – so die Befürworter – bei einem Kernkraftwerk aus Deutschland wäre es nicht zu einem Unfall à la Harrisburg gekommen.



Biblis-A -  
Der älteste deutsche Atommeiler

Es steht zu befürchten, dass die Apologeten des Untergangs nun wiederum sagen werden, dass so etwas in Deutschland nicht passieren kann. Die ersten Äußerungen in diese Richtung, dass ja zumindest solche Erdbeben nicht in Deutschland vorkommen, gehen schon durch die Medien. Dabei wird – ob wissentlich oder unwissentlich spielt

dabei gar keine Rolle – verkannt, dass es geradezu im Wesen solcher Ereignisse liegt, dass etwas Unerwartetes geschieht, mit dem so vorher niemand gerechnet hat. In Deutschland stehen Kernkraftwerke in der Nähe von Flughäfen; in Gebieten, in welchen Sturmfluten durchaus möglich sind, es wurden bereits Konstruktionsfehler entdeckt, es wurden Sicherheitssysteme nicht korrekt angeschlossen und auch in Deutschland machen Menschen Fehler. Ich bin durchaus technikgläubig und bereit zuzugestehen, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass es zu Atomunglücken kommt. Tatsächlich neigen Menschen dazu Wahrscheinlichkeiten falsch einzuschätzen. Das gilt sowohl beim Lotto („Ich gewinne bestimmt irgendwann!“), als auch beim Autofahren unter Alkoholeinfluss („Waren ja nur zwei Bier, diesmal passiert schon nichts!“). Wenn bei Unglücken der Tod von hunderten Tausenden und die Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche droht, könnte es sich deshalb lohnen, genau zu überlegen, ob „sehr unwahrscheinlich“ genügend Sicherheit verheißt.

Um zum Schluss zynisch zu werden, soll ein „harter“, ein „vernünftiger“, nämlich marktradikaler Standpunkt eingenommen werden. Wenn Atomkraftwerke – zumindest in Deutschland – so sicher sind, warum ist es dann nicht möglich/gewollt, sie gegen alle Risiken zu versichern?

Der russische Wirtschaftsjournalist Sergej Sumlenny betonte in einer Gesprächsrunde des *Internationalen Frühschoppen*, dass er ein Verfechter der Großindustrie sei und entschuldigte sich fast, dass er in dieser Angelegenheit eine linke Position beziehen müsse: Seiner Ansicht nach sei Atomstrom nur scheinbar billig und wenn alle Kosten – von der Absicherung aller Risiken bis zur Jahrtausende langen Lagerung von Atom Müll – in die Kalkulation von Atomanlagen einfließen, wäre jede Solarstromanlage auf dem Nordpol wirtschaftlicher als ein Atomkraftwerk.

Lars Juister  
Umweltpolitischer Sprecher  
der SPD-Ratsfraktion

# Der Bundesfreiwilligendienst

## Eine abstruse Fußnote der schwarz-gelben Bundesregierung

**Es ist ja nicht so, dass alles was „unsere“ schwarz-gelbe Bundesregierung veranlasst, schlecht wäre. Die Aussetzung der Wehrpflicht, die ist gut. Okay, die Planung und Umsetzung dieser Reform war und ist mehr als dilettantisch. Unser Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hatte ganz vergessen, dass das Ende des Wehrdienstes auch das Ende des Zivildienstes bedeutet. Und im Gegensatz zu den Wehrpflichtigen sind die Zivildienstleistenden geradezu unverzichtbar, obwohl sie natürlich eigentlich nur Zusatzkräfte sind. Die Unruhe im Familienministerium war groß. Das Ende des Zivildienstes bedeutete auch das Ende der Zivildienstschulen und des Bundesamtes für Zivildienst. Eigentlich! Ein wahres Einsparpotenzial, sollte man denken.**

Das Bundesfamilienministerium erarbeitete aber ein innovatives, noch nie da gewesenes Konzept: Menschen aller Generationen, vor allem aber junge Menschen sollen sich für ein Jahr sozial engagieren und somit die freiwerdenden Zivildienststellen besetzen. Großartig! Somit kopieren Dr. Kristina Schröder und ihr Zivildienstbeauftragter Dr. Jens Kreuter faktisch das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), welches seit 1962 besteht und sich gefestigt hat. Der so genannte Bundesfreiwilligendienst (BFD) hat im Wesentlichen nur zwei Unterschiede: Zum einen fehlt die beim FSJ vorgeschriebene Altersgrenze von 27 Jahren und zum anderen übernimmt der Bund die Hoheit und mischt sich nun aktiv in die Freiwilligendienste ein.

Es ist zu befürchten, dass die Arbeitsagenturen versuchen werden gerade Langzeitarbeitslose in diesen Dienst zu drängen. Bereits jetzt beklagen einzelne FSJ-Träger, dass sich ein nicht unerheblicher Anteil der „Freiwilligen“ auf Druck der ARGE bei ihnen bewirbt. Das System des Freiwilligendienstes wird ad absurdum geführt.

Es ist fraglich, ob sich ein über 27-jähriger für ein Jahr bei einem monatlichen Taschengeld, welches 330 Euro nicht überschreiten darf, verpflichten möchte. In einem Alter, in dem Familie beziehungsweise Familienplanung häufig im Zentrum des Interesses steht, ist davon nicht auszukommen. Außerdem bietet der „Freiwilligen Dienst aller Generationen“ (FdaG) bereits jetzt die Möglichkeit, sein soziales Engagement anzuerkennen, wenn man mindestens acht und höchstens 20 Stunden die Woche in einer gemeinnützigen Einrichtung arbeitet.



35.000 Freiwillige sollen ab August bzw. September dieses Jahres ihren Bundesfreiwilligendienst leisten, ebenso viele Stellen werden für FSJ bzw. FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) geschaffen. Der Ausbau der Jugendfreiwilligendienste (FSJ und FÖJ), sowie deren stärkere Finanzierung ist zu begrüßen – wie gesagt, nicht alles ist schlecht, was die Bundesregierung anstößt. Nur stellt sich die Frage, wie die 35.000 BFD-Stellen besetzt werden sollen, wenn das Gesetz zu deren Schaffung noch nicht beschlossen wurde. Zur Abstimmung soll das Gesetz sogar erst Mitte Mai kommen. Das bedeutet im Klartext, dass die Träger, welche den BFD durchführen sollen, erst Mitte Mai Rechtssicherheit haben und die Stellen ausschreiben können. Zwei bis drei Monate Bewerbungszeit für 35.000 Stellen? Das Wort „Optimismus“ ist hier bei weitem zu schwach.

Aber nicht nur bei der Stellenausschreibung wird es zu Problemen kommen. Bis jetzt wurden die Träger immer noch nicht genau darüber informiert, wie sie den neuen Freiwilligendienst gestalten sollen, was seine Inhalte sein werden. Die Träger werden immer noch unzureichend informiert und selbst die Landesministerien, welche die Jugendfreiwilligendienste koordinieren, wissen nicht mehr.

Die Bundesregierung hat es also geschafft, mit dem Bundesfreiwilligendienst nicht nur eine Doppelstruktur zu den bestehenden Jugendfreiwilligendiensten zu schaffen, sondern ist außerdem dabei, diesen für das erste Jahr gleich nachhaltig zu schädigen. Die Bundesfreiwilligen, die darunter zu leiden haben, können einem nur leid tun.

Doch bei all dem schlechten gibt es auch eine gute Nachricht: Die Zivildienstschulen bleiben erhalten, weil die Bundesfreiwilligen verpflichtet werden, ihre Seminare in diesen abzuhalten. Auch bei den Jugendfreiwilligendiensten gibt es diese Seminare. Sie werden seit Jahrzehnten durchgeführt, sind ausgereift und kosten pro Teilnehmer nur halb soviel wie die Seminare an den Zivildienstschulen. Diese können bis jetzt übrigens noch keine Konzepte für die Freiwilligen vorweisen. Und Herr Dr. Kreuter wird sich wahrscheinlich über die Erhaltung seines Arbeitsplatzes freuen dürfen: Aus dem Bundesbeauftragten für Zivildienst wird der Bundesbeauftragte für Freiwilligendienste. Herzlichen Glückwunsch. Wie gesagt, es ist nicht alles schlecht was „unsere“ Bundesregierung tut, man muss nur an der richtigen Stelle sitzen, dann kann man auch profitieren.

md

# Neues aus dem KV

## Jahreshauptversammlung stellt politische Weichen der Jusos Kiel

**Die kommenden Monate bis zur Landtagswahl 2012 versprechen sehr spannend zu werden. Wenn auch der Spitzenkandidat bereits gewählt ist, steht der inhaltliche Diskurs zum Wahlprogramm erst noch aus. Um dabei eine fundierte inhaltliche Aufbauarbeit von unten leisten zu können, haben sich die Jusos Kiel rechtzeitig auf der Jahreshauptversammlung am 19. März politisch für die nächste Zeit gewappnet und können inhaltlich wie auch personell gut aufgestellt in ein neues Vorstandsjahr starten! Auf der Jahreshauptversammlung standen neben der inhaltlichen Diskussion die Wahlen des neuen Kreisvorstands auf der Agenda. In den Vorstand gewählt wurden Michel Hansen, Mohammed Kebaier, Melanie Kinzler, Moritz Knebusch als Kassierer, Julia Marzinik, Thies Petersen, Danny Schulze, Julie Stelz sowie ich, Timm Wüstenberg.**

Ich selbst bin 17 Jahre alt, noch Schüler und werde 2012 die Schule voraussichtlich mit dem Abitur abschließen. Auf der konstituierenden Sitzung wurde ich vom Vorstand erneut mit der Kreisgeschäftsführung beauftragt. Mit Rat und Tat zur Seite wird mir dabei Melanie stehen, die vom Vorstand als Stellvertreterin benannt wurde. Sie ist 25 Jahre alt und studiert Wirtschaft/Politik und Deutsch auf Lehramt an der CAU. Inhaltlich wird sie sich vor allem den Themen der Sozial- und Bildungspolitik annehmen. Danny ist 18 Jahre alt und als Leiter des AK „Aktiv gegen Rechts“ besonders engagiert im Themenbereich Antifaschismus, den er auch im SPD-Kreisvorstand betreut. Zudem ist er als Auszubildender auf der HDW unsere Kontaktperson zu den Gewerkschaften. Thies ist 30 Jahre alt und studiert Informatik an der CAU. Als Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss wird er neben dem Fachwissen auch kommunale Erfahrungen in den Vorstand einbringen. Julie ist 24 Jahre alt und studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der CAU. Sie ist gerade von

einem Auslandssemester zurückkehrt und hat für uns Kontakte zu anderen Jusos in Europa aufbauen können, die sie im Rahmen ihres Schwerpunktes Europa/Internationales vertiefen möchte. Michel hat bereits vor drei Jahren im Kreisvorstand gearbeitet, dann zog es ihn im vergangenen Jahr nach Abschluss seines Politikwissenschaftsstudiums in den Landesvorstand, sodass er neben seinem großen Wissen im Bereich der Umweltpolitik auch viel Erfahrung von der Landesebene mit in die Vorstandsarbeit einbringen kann. Mohammed hat im vergangenen Jahr seine Ausbildung abgeschlossen und wird im Kreisvorstand vor allem das Thema Integration bearbeiten und hierbei zunächst im Arbeitskreis LER seine aktive Arbeit für ein integratives Religionsunterrichtsmodell fortsetzen. Julia, die an der CAU VWL sowie Politikwissenschaften studiert, wird sich im kommenden Jahr neben der Wirtschaftspolitik um die Gleichstellungsarbeit kümmern mit dem Ziel, dass wir mehr junge Frauen für die politische Arbeit bei den Jusos motivieren können. Dafür, dass unsere zahlreichen Projektideen und Veranstaltungen nicht am Geld scheitern,

wird auch in diesem Jahr wieder Moritz als Kassierer sorgen, der zudem fortan auch für diese einzigartige Juso-Zeitung verantwortlich sein wird, die Ihr in Euren Händen haltet.

Neben dem Beschluss über eine organisatorische sowie inhaltliche Grundlage für das nächste Vorstandsjahr in Form eines Arbeitsprogramms wurden auf der JHV noch weitere inhaltliche Beschlüsse gefällt: Neben einer erneuten Bekräftigung der Forderung nach dem Wahlalter ab 16 sowie einem Beschluss zur Energiepolitik in Kiel wurde auch ein Beschluss zur Personalsituation in der SPD SH gefasst. Im Antragstext werden die Delegierten des Landesparteitages aufgefordert, Ralf Stegner als Landesvorsitzenden nicht zu wählen, nicht zuletzt weil er nach bereits mehrfachen Wahlniederlagen auch beim Mitgliederentscheid weniger als 1/3 aller Mitglieder von sich überzeugen konnte.

Insgesamt stehen also viele Aufgaben an, die wir gemeinsam mit Euch im kommenden Jahr bewältigen wollen!

tw



Der Juso-Kreisvorstand von links nach rechts: Julie, Michel, Melanie, Timm, Moritz, Thies, Mohammed, Julia und Danny.



# GLASNOŦST

Unter einem Tisch in einer Cafeteria entdeckte die Bordscholmer *Rotkielchen*-Korrespondentin einen Notizzettel zu Plänen nach dem SPD-Mitgliederentscheid, den die Redaktion anhand eines Schriftvergleichs mit dem letzten Mitgliederbrief relativ sicher Ralf Stegner zuordnen konnte. Dieses brisante Material wollen wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten.

## **Plan A – Meine Wahl im ersten Wahlgang**

*Samstagabend:*

Presseerklärung mit dem Tenor „Mitgliederentscheid war eine Richtungsentscheidung“

*Sonntag früh:*

Twitter-Musik-Tipp ABBA „The winner takes it all“; Kaffeetrinken mit Amin Hamadmad (Vorbereitung von Leserbriefen); Erstellung der Liste für die Landtagswahl anhand der meinestimmefuerralf.de-Liste

*Sonntagmittag:*

Pressegespräche zur erneuten Kandidatur als Landesvorsitzender

*Sonntagnachmittag:*

Information des Landesvorstands über getroffene Entscheidungen, danach Pressekonferenz

## **Plan B – Zweiter Wahlgang notwendig**

*Samstagabend:*

Presseerklärung mit dem Tenor „Fühle mich durch das Ergebnis bestätigt, Stichwahl wird Richtungsentscheidung der SPD“

*Sonntag früh:*

Twitter-Musik-Tipp Peter Schilling „Major Tom (völlig losgelöst)“; Kaffeetrinken mit Amin Hamadmad (Vorbereitung von Leserbriefen); Klönschnack mit Fronzek, sie soll ab jetzt öffentlich meine Kandidatur unterstützen

*Sonntagmittag:*

Pressegespräche zur erneuten Kandidatur als Landesvorsitzender

*Sonntagnachmittag:*

Information des Landesvorstands über getroffene Entscheidungen, danach Pressekonferenz

## **Plan C – Torsten Albig wird im ersten Wahlgang gewählt**

*Samstagabend:*

Presseerklärung mit dem Tenor „Mitgliederentscheidung war keine Richtungsentscheidung“

*Sonntag früh:*

Twitter-Musik-Tipp Iron Butterfly „Sunshine“; Kaffeetrinken mit Torsten Albig, er soll ab jetzt meine Kandidatur als Landesvorsitzender unterstützen

*Sonntagmittag:*

Pressegespräche zur erneuten Kandidatur als Landesvorsitzender

*Sonntagnachmittag:*

Information des Landesvorstands über getroffene Entscheidungen, danach Pressekonferenz

## **Plan D – Brigitte Fronzek wird im ersten Wahlgang gewählt**

wie Plan C, ersetze „Torsten Albig“ durch „Brigitte Fronzek“,  
Änderung des Twitter-Musik-Tipps: James Brown „It's a man's world“